

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Teile der CDU/CSU fördern indirekt den Rechtsradikalismus und verstellen den Blick für seine Gefahr, warnt Hessens Ministerpräsident Hans Eichel.

Seite 1

Wie die Bundesregierung ihre Rat- und Konzeptionslosigkeit beim Klimaschutz verschleiern, erläutert Liesel Hartenstein MdB.

Seite 2

Die Bundesregierung verzögert die längst überfällige Rücknahmepflicht für Altautos, Elektronikschrott, Batterien, Altpapier und schadstoffbelastete Verpackungen und verstößt damit gegen EU-Recht, kritisiert Horst Kubatschka MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 148

4. August 1994

### Der Feind der Demokratie steht rechts Die Bekämpfung des Rechtsradikalismus muß Schwerpunkt bleiben

Von Hans Eichel  
Ministerpräsident von Hessen

Der Rechtsradikalismus bleibt die große politische und gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre. Daran ändern auch die Versuche der CDU und bürgerlich-konservativer Kreise nichts, dem Rechtsradikalismus den Schein der parteipolitischen Normalität zu geben und linken und rechten Extremismus gleichzusetzen. Die Gleichsetzung entgegengesetzter Pole lenkt davon ab, daß Teile der CDU/CSU den Rechtsradikalismus indirekt fördern, und verstellen den Blick für die Gefahr, die gerade der Rechtsradikalismus für unsere demokratische Gesellschaft darstellt.

Die Feinde der Demokratie stehen in Deutschland rechts. Die jüngsten Wahlniederlagen der Repts und der übrigen Rechtsparteien dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in unserem Land ein großes rechtsorientiertes Potential gibt. Dieses Potential muß, soweit es nicht eindeutig rechtsradikal ist, von den demokratischen Parteien gewonnen werden; wir müssen ihm die Chance verwehren, sich politisch neu zu formieren. Eine rechtsradikale Partei ist in Deutschland schon deshalb unerträglich, weil sie tendenziell der politische Arm gewaltbereiter Gruppen wäre. Die Rechtsparteien sind in unserem Land die geistigen Urheber der Gewalt gegen Menschen, denn sie treten nicht für ein friedliches Zusammenleben ein, sondern für Ausgrenzung und nicht für Gerechtigkeit, sondern für Gruppenegoismus. Deshalb sind die Niederlagen der Rechten Erfolge der Demokratie und der Menschlichkeit.

Die Gefahr geht also nicht allein von den Verbrechern aus, die Jagd auf Menschen machen, die Brandsätze legen, die Gedenkstätten schänden - die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Der rechten Gewalt, die im größten Teil unserer Gesellschaft unzweideutig geächtet ist, läßt sich mit einem energischen Einsatz von Polizei und Justiz und mit einer auf Dialog und Aufklärung angelegten Politik beikommen. Weit gefährlicher sind die Politiker, die Ungerechtigkeiten zementieren oder gar verstärken, und die rechten Denker, die Weltoffenheit und Toleranz unserer Gesellschaft in Frage stellen und immer offener nationalistische Positionen vertreten. Sie bereiten den Boden, auf dem rechte Stimmungen und Gewalt wachsen können.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung  
zur  
Kampagne



War wie die Bundesregierung eine Politik einseitig zu Lasten der sozial Schwächeren betreibt, verstärkt die berechtigten Sorgen vieler Menschen vor sozialem Abstieg. Die geplante drastische Einschränkung bei der Arbeitslosenhilfe, mit der sich der Bund auf Kosten der Sozialhilfe und der Arbeitslosen entlasten will, verstärkt diesen Trend noch einmal erheblich. Abstiegsängste oder tatsächliche soziale Deklassierung gehören zu den Triebfedern, die den Rutsch nach rechts in Gang gebracht haben. Ein wichtiges Element in der Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist deshalb ein Machtwechsel im Bund und damit einhergehend eine auf gerechten Ausgleich gezielte Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Eine neue soziale Perspektive für die Verlierer der Wirtschaftskrise wird dem Rechtsradikalismus viel Wasser abgraben. Ich betone noch einmal: Die Wahlniederlagen der diversen rechtsgerichteten Parteien dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das rechte Protestpotential praktisch ungeschmälert geblieben ist.

Doch neben dem sozial motivierten Rechtsradikalismus hat sich in der Bundesrepublik auch ein Rechtsradikalismus breit gemacht, der sich einen intellektuellen Anstrich gibt. Diese Form des Radikalismus findet bis weit in bürgerlich-konservative Kreise hinein Anklang. Das jüngste Beispiel hat der Historiker Ernst Nolte gegeben, der in einem Zeitungsaufsatz offen die Gründung einer rechtsradikalen Partei gefordert hat. In diesem Aufsatz begegnet uns nicht nur die Gleichsetzung von linkem und rechtem Radikalismus wieder, sondern auch das Mißverständnis, daß die Demokratie links und rechts Pole brauche, um sich zu profilieren. Dabei kann die Demokratie sehr gut aus sich selbst heraus existieren; die Gegnerschaft zu extremistischen Positionen ist das letzte, was sie zu ihrer Positionsbestimmung nötig hat.

Was veranlaßt bürgerlich-konservative Kreise, nach den Niederlagen der bisherigen Rechtsparteien die Gründung einer neuen rechtsradikalen Partei zu fordern? Offenbar verführt der Wunsch, das politische Koordinatensystem zum eigenen Nutzen nach rechts zu verschieben, zu diesem gefährlichen Spiel. Wer den rechten Rand stärkt, anstatt ihn einzubinden und zu schwächen, begibt sich auf dünnes Eis. Er ermutigt letzten Endes Gewalttäter, gefährdet den inneren Frieden, baut Freiheitsrechte ab.

Weil der Rechtsradikalismus eine so große Gefahr darstellt, ist seine Bekämpfung einer der Schwerpunkte der Arbeit der Hessischen Landesregierung. Insbesondere in der Jugendpolitik und in der Bildungspolitik haben wir neue und wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen, um die am stärksten gefährdete Altersgruppe von Gewalttaten abzuhalten und in einen neuen Dialog mit ihr einzutreten. Die Landesregierung hat

- in der sechsteiligen Veranstaltungsreihe "Hessen im Dialog - gegen Haß und Gewalt" vielen Menschen dieses Thema nahebringen können.
- die politische Bildungsarbeit durch zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung ausgeweitet.
- neben der Teilnahme an Wahlen mit dem Bürgerbegehren und dem Bürgerentscheid weitere politische Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen, die zunehmend genutzt werden.
- die aufsuchende Jugendarbeit verstärkt.
- Programme zur Förderung benachteiligter Jugendlicher aufgelegt.
- die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule mit dem Ziel der Gewaltprävention verstärkt.
- die politische Mitwirkungsmöglichkeiten der ausländischen Bevölkerung durch kommunale Ausländerbeiräte verbessert; die Gründung eines Landesausländerbeirates ist in Vorbereitung.

(-/4.August 1994/ks/vo-ha/hgs)

\*\*\*\*\*

### **Bundesregierung torpediert Klimaschutz**

**Von Dr. Liesel Hartenstein MdB**

**Vorsitzende des Projekts Binnenmarkt und Umweltunion der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion "Klimaschutz in Europa" auf inakzeptable Positionen zurückgezogen. Einerseits gibt sie auf die 54 Fragen zur Energie- und Verkehrspolitik absolut nichtssagende Antworten, andererseits stellt sie simple Tatsachen auf den Kopf.

### Beispiel Energiepolitik

Einmal mehr wird die unzutreffende Behauptung wiederholt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Bundesrepublik seien von 1987 bis 1993 um 15,7 Prozent zurückgegangen. Das ist Etikettenschwindel. Denn der durch den Zusammenbruch der ehemaligen DDR-Wirtschaft bedingte Rückgang der Schadstoffemissionen um 48 Prozent wird ungeniert mit dem, wenngleich leichten, Anstieg in den alten Ländern um 1,8 Prozent "verrechnet".

Ein unlauterer Trick, da die Globalzahl minus 15,7 Prozent einen Fortschritt in Richtung Klimaschutz suggerieren soll, der nicht stattgefunden hat.

### Beispiel Verkehr

Hier liefert die Bundesregierung wahre Musterbeispiele für leere Worthülsen. Auf die Frage der SPD, mit welchen Strategien und mit welchem Zeithorizont eine Entkoppelung von Verkehrszuwachs und Wirtschaftswachstum zu verwirklichen sei, lautet die lapidare Antwort: der Verkehr biete für die Wirtschaft eine wesentliche und notwendige Servicefunktion an. Und weiter: "Die Politik der Bundesregierung strebt die umweltgerechte Sicherung der Mobilität von Personen und Gütern an. Sie setzt dazu auf ein integriertes Gesamtverkehrskonzept..." Wie dieses jedoch auszusehen habe, in welchen Schritten und in welchem Zeitraum es erreichbar sein könnte, darüber herrscht atemberaubendes Stillschweigen.

Die regierungsamtliche Flat- und Konzeptionslosigkeit ist komplett. Sie läßt sich kaum mehr überbieten. Es wird

- kein klares Ziel der Verkehrspolitik definiert,
- kein Wort über die (dringend notwendige) Veränderung der Investitionsschwerpunkte verloren,
- keine Änderung der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen eingeleitet,
- kein Entwurf für das sogenannte integrierte Gesamtverkehrskonzept skizziert.

Im Gegenteil: Der Bundesumweltminister versteigt sich zu der Behauptung, die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans - mit seiner eindeutigen Bevorzugung des Straßenbaus! - trage zur Schadstoffreduktion bei. Angesichts der derzeit hohen und gesundheitsschädlichen Ozonkonzentrationen, die hauptsächlich durch Autoabgase verursacht werden, eine geradezu absurde Aussage. Die Darstellung der Bundesregierung verdient nicht bloß das Prädikat: leichtfertig und realitätsfern, sondern auch: falsch und verantwortungslos.

Aus vielen Null-Aussagen ist die Blockadepolitik des Verkehrs- und Wirtschaftsministers deutlich zu spüren.

### Fazit:

- Nicht allein der Klimaschutz, sondern Umwelt und Gesundheit kommen bei dieser Bundesregierung buchstäblich unter die Räder.
- Bei der Einführung einer europaweiten CO<sub>2</sub>-Energiesteuer spricht sich die Bundesregierung zum x-ten Male gegen einen nationalen Alleingang aus, räumt aber nichtsdestoweniger ein, daß die Einführung dieser Steuer noch 1993 allein in Deutschland gegenüber dem Status quo eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 3,7 Prozent gebracht hätte.
- Bei erneuerbaren Energien, wie zum Beispiel der Solarenergie, begnügt sich die Bundesregierung mit der Aufzählung der Hemmnisse, die eine schnelle Einführung behindern. Wer jedoch erwartet hat, daß sie sich für eine rasche Beseitigung dieser Hemmnisse - national und EU-weit - einsetzen werde, wird bitter enttäuscht.

Alles in allem ist die Antwort der Bundesregierung zum Klimaschutz ein Dokument des Versagens vor großen Zukunftsaufgaben.

"Staatsversagen", wie Professor Martin Jänicke (Berlin) das nennen würde. Rio ist vergessen. Die Folgen werden wir alle zu tragen haben.

Politik muß endlich wieder langfristig denken lernen. Diese Bundesregierung ist nicht fähig dazu.

(-/4. August 1994/hgs/vö-he)

\*\*\*\*\*

**Bundesregierung verstößt gegen EU-Recht**  
**Die Einführung einer Rücknahmepflicht für bestimmte Produkte ist überfällig**

Von Horst Kubatechka MdB

Die Bundesregierung soll nun endlich die schon lange angekündigten Rücknahmeverordnungen für Altautos, Batterien, Elektronikschrott, Altpapier und schadstoffbelastete Verpackungen vorlegen. Ihre Antwort auf meine schriftliche Frage läßt aber daran zweifeln, ob sie willens und in der Lage ist, in dieser Legislaturperiode noch die Weichen zur vielbeschworenen "neuen Produktverantwortung" zu stellen. Anstatt Verordnungen zu erlassen hat die Bundesregierung schon zu lange auf freiwillige Absprachen wie im Batterieberreich gesetzt und dadurch wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Schon im September 1988 hatte sich der Einzelhandel dazu verpflichtet, ab Mitte 1989 "gebrauchte Batterien in allen Einzelhandelsgeschäften, in denen Neubatterien verkauft werden, zurückzunehmen". Eine im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellte Studie kommt nun zum Ergebnis, daß bisher wesentlich weniger Batterien als gedacht vom Handel zurückgenommen und getrennt entsorgt wurden; dem Zentralverband Elektronik- und Elektroindustrie wird vorgeworfen, er habe mit falschen Zahlen operiert. Dieses Beispiel zeigt, daß die Bundesregierung mit ihrer Hoffnung, in diesem Bereich alles der Eigeninitiative von Industrie und Handel überlassen zu können, Schiffbruch erlitten hat. Daß es Probleme mit der freiwilligen Rücknahme von Batterien gibt, war der Bundesregierung schon seit längerem bekannt. Bereits in einer Pressemitteilung vom 8. Juli 1992 spricht das Umweltministerium davon, daß die Pflichten aus der Selbstverpflichtung vom Handel nur unzureichend erfüllt werden. Umso schwerer wiegt daher die jahrelange Untätigkeit des Töpfer-Ministeriums. Daß die Ergebnisse der Studie, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage berichtet, bei den Arbeiten am Entwurf der Batterieverordnung "berücksichtigt" werden, würde nur ausreichen, wenn die Verordnung endlich vorgelegt würde.

Mit ihrem Zögern verstößt die Bundesregierung auch gegen europäisches Recht: Mit der Batterierücknahmeverordnung soll die EU-Richtlinie über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren (91/157/EWG) vom 18. März 1991 in nationales Recht umgesetzt werden; dies hätte eigentlich schon bis zum 18. September 1992 erfolgen müssen. Die Bundesregierung kann sich glücklich schätzen, wenn die EU-Kommission bisher noch kein Vertragsverletzungsverfahren gegen sie eingeleitet hat - soviel zum Märchen von der angeblich ja so "europäisch-vorbildlichen" Umweltpolitik der Bundesregierung. Damit erweist sich Töpfer einmal mehr als Ankündigungsminister.

Die Einführung von Rücknahmepflichten für bestimmte Produkte ist seit langem überfällig. Nach der Verabschiedung der Verpackungsverordnung im Sommer 1991 wurde der Erlaß von Verordnungen zu anderen Bereichen angekündigt. Seit aber im Jahr darauf die Entwürfe zu den Bereichen Elektronikschrott, Altautos, Batterien, Altpapier und der Entwurf einer Getränkemehrwegverordnung vorgelegt wurden, herrscht Stagnation.

Dieses Zaudern der Bundesregierung hat System. Nur zur Erinnerung: Vor mehr als drei Jahren, am 19. April 1991, verabschiedete der Bundesrat eine Entschließung, in der er die Bundesregierung aufforderte, bis Ende 1991 eine ergänzende Verordnung zur Verpackungsverordnung vorzulegen; darin sollten Regelungen zur Wiederverwendung und Verwertung von Kunststoffen, zur Kennzeichnungspflicht für Verpackungen (zum Beispiel Einweg/Mehrweg, Kunststoffe), zum Verbot von Verpackungen aus ökologisch bedenklichen Materialien, sowie zum Verbot solcher Verpackungen, die die Verwirklichung der Ziele einer weitestmöglichen Abfallvermeidung und Abfallverwertung sowie Schadstoffminimierung gefährden, enthalten sein. Umweltminister Töpfer sagte zu, diesen Wünschen Rechnung zu tragen und erreichte auf diesem Weg die Zustimmung des Bundesrates zur Verpackungsverordnung. Vor dem Bundesrat führte er aus: "Ich möchte hier mit allem Nachdruck erklären, daß ich den Entschließungsantrag, der hier eingebracht worden ist, als solchen akzeptieren kann und wir die Verordnung mit den vorgesehenen Regelungsinhalten und Zeiten vorlegen werden." (Plenarprotokoll Bundesrat 628. Sitzung vom 19. April 1991, Seite 122).

Aber was geschah? Nichts. Den Kenner der Umweltpolitik dieser Bundesregierung, die immer wieder wirtschaftlichen Interessen weichen mußte, wird dies nicht weiter wundern. Der Umwelt aber hilft solche Ankündigungs-Politik leider nichts.

(-/4. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*